

2002 auf Vorschlag von Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) der Fassung zugestimmt hatte, die von den Bundesländern Ende April im Bundesrat beschlossen worden war. Nach der Novellierung der Strahlenschutzverordnung im Jahr zuvor sei damit auch der zweite Schritt „einer grundlegenden Strahlenschutzreform“ abgeschlossen, wird der grüne Staatssekretär im Bundesumweltministerium Rainer Baake im BMU-Pressedienst zitiert.

Ziel der Änderung sei vor allem die Reduzierung der Strahlenbelastung sowie die Umsetzung von EU-Recht und die Anpassung der Regelungen an die neue Strahlenschutzverordnung, erklärt das Bundesumweltministerium.

So würden für Personen, die aus beruflichen Gründen Röntgenstrahlung vor allem im medizinischen Bereich und bei der Materialprüfung anwenden, von 50 auf 20 Millisievert pro Jahr gesenkt.

Mit neuen Wichtungsfaktoren wurde jedoch die effektive Dosis manipuliert, so daß diese Dosisangaben nach neuem und altem Verordnungsrecht nicht mehr direkt miteinander vergleichbar sind. Speziell für die Belastung von Brust und Knochenoberfläche bedeuten zum Beispiel 20 Millisievert nach neuer Rechenvorschrift eine Strahlenbelastung in Höhe von 60 Millisievert nach bisheriger Rechenvorschrift. Für die meisten beruflich strahlenbelasteten Personen verschlechtert sich damit der Strahlenschutz in Wirklichkeit drastisch, ohne daß es dafür eine medizinische Rechtfertigung gibt. Im Prinzip bestehen die selben grundsätzlichen Mängel, wie sie Strahlentelex in der Vergangenheit für die Strahlenschutzverordnung dokumentiert hat. Auch in der Röntgenverordnung wird der Schutz schwangerer Frauen und ihrer Kinder aufgeweicht, indem Schwangere jetzt in Kontrollbereichen arbeiten dürfen. ●

## Strahlenwirkungen

# Strahlenschäden setzen sich über die Generationen hinweg fort

Strahlenschäden können nicht nur Krebs erzeugen und zu Mißbildungen des Nachwuchses führen. Sie setzen sich auch über Generationen hinweg fort, indem sie in den Nachkommen Veränderungen des Erbguts auslösen. Das haben Studien an Mäusen ergeben, über die englische Wissenschaftler jetzt in den Proceedings der amerikanischen Nationalen Akademie der Wissenschaften (PNAS) berichten (Band 99, Nr. 10, S. 6877). Die Ergebnisse haben wichtige Folgen bei der Beurteilung des Strahlenrisikos für Menschen, schreiben die Wissenschaftler um Ruth Barber von der Universität in Leicester und vom Strahlenforschungszentrum in Oxon.

Für ihre Studie hatten die Forscher Mäuse radioaktiv bestrahlt. Dadurch wurde das Erbgut der Mäuse geschädigt und es traten vermehrt Mutationen auf. Der Nachwuchs der Mäuse wurde keiner Strahlung ausgesetzt. Trotzdem fanden die Forscher in den Kindern und Kindeskindern der belasteten Mäuse ähnlich hohe Raten an Zellmutationen wie bei ihren Vorfahren.

Die Wissenschaftler befürchten nun, daß sich Strahlenschäden auch beim Menschen über Generationen hinweg ansammeln können und damit die Anfälligkeit für Krebs, Unfruchtbarkeit und viele andere Leiden erhöhen. Die Ergebnisse erklärten möglicherweise, weshalb Leukämiefälle in der Umgebung der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield zugenommen haben, vermuten sie.

Proc. Natl. Acad. Sci., Vol. 99, Iss. 10, p.6877, 2002. ●

## CRII RAD

# Dem Recht auf Wissen verpflichtet

Die Aktivitäten einer französische Bürgerinitiative könnten auch Vorbild in Deutschland sein

Dem „Recht auf Wissen“ zu dienen ist das Leitmotiv des 1986 in Frankreich gegründeten Vereins „C R I I RAD“. Die „Commission de Recherche et d'Information Indépendantes sur la Radioactivité“ mit Sitz im von Atomanlagen gesegneten Rhonetal hat sich zum Ziel gesetzt, unabhängige Informationen über die Verteilung und Wirkung von Radioaktivität zu verbreiten. (Die Assoziation der Abkürzung mit „le cri du rad“ - der „Schrei der Strahlung“ - ist dabei durchaus beabsichtigt). CRIIRAD versteht sich als Organisation, die aufschreit und aufdeckt. Nach Tschernobyl wurden - ähnlich wie in vielen damals in Deutschland gegründeten Meßstellen - Proben von Lebensmitteln und Böden auf Tschernobylfallout untersucht. Mehr noch als in Deutschland trafen die Veröffentlichungen dort auf erheblichen staatlichen Widerstand. Staatlicherseits wurde die Frage gestellt, ob CRIIRAD seine Meßwerte überhaupt veröffentlichen dürfe. Im Gegenzug nimmt CRIIRAD von damals bis heute die staatliche Strahlenschutzkommission (SCPRI) und das Reaktorsicherheitsinstitut (IPSN) ins Visier und zeigt auf, wie durch falsche Veröffentlichungen, Vertuschungen oder einfach durch „Mittelwertbildung“ die Strahlenbelastung in Böden oder Pilzen heruntergespielt wurde.

Aktuell wurde im Frühjahr 2002 ein über 200 Seiten starker Atlas „Strahlenbelastung in Frankreich und Teilen Europas“ veröffentlicht, der für 31,20 Euro bestellt werden kann. Wo staatliche Stellen besonders in Ostfrankreich (Elsaß, Seetalpen) nur von

Werten um 1000 bis 3000 Becquerel pro Quadratmeter sprechen, wurden von CRIIRAD Werte zwischen 10.000 und 30.000 Becquerel pro Quadratmeter gemessen. CRIIRAD nimmt dies zum Anlaß, die französische Regierung unter Druck zu setzen und äußert den Verdacht, daß der Anstieg der Schilddrüsenkrebsfälle in Frankreich auf Tschernobylfolgen zurückzuführen ist. Die Regierung wurde daher aufgefordert, frühere Vertuschungen zuzugeben und jetzigen Opfern Entschädigung und Unterstützung zukommen zu lassen. Im März 2001 wurde verbunden mit einer Demonstration ein Protestschreiben im Justizpalast in Paris abgegeben.

Dieses Beispiel zeigt, daß CRIIRAD es in besonderer Weise versteht, auf sehr hohem fachlichen Niveau durchgeführte Messungen der Radioaktivität mit einer unabhängigen politischen Arbeit zu verbinden. Der Tenor lautet: Wir wollen wissen was passiert ist, wir decken die Geheimnisse auf, wir klären die Öffentlichkeit auf, wir wollen die Institutionen und Personen zur Verantwortung ziehen.

Dabei geht es schon lange nicht mehr nur um Tschernobyl. CRIIRAD ist mittlerweile mit hochwertigen Meßgeräten für Radioaktivität (vom Gammaskpektrometer, Tritiummeßplatz, Radon, Spektrum-Geigerzähler usw.) ausgestattet, was keinen Zweifel an der Stichhaltigkeit der Messungen aufkommen läßt. Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit mehreren Kommunen (Valence, Montelimar, Avignon) erfolgen kontinuierliche Ortsdosismessungen und die Ermittlung von Gammaskpektren von